

# Südostfische Volkszeitung

Ort und täglich neues, mit Kenntnis der Sonn- u. Feiertage.  
Gesamtausgabe: Dienstagabend 1 Mkt. 50 Pf. (ohne Heftzettel).  
Ausgabezeit: Mittwochabend 1 Mkt. 50 Pf. (ohne Heftzettel).  
Wochentags-Ausgabezeit: Dienstagabend 10 Pf.  
Wochentags-Ausgabezeit: 11 - 12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Jüdische mehren die eingesparte Zeitstelle über deren Raum mit  
15 M. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Redaktion.  
Druckerei, Rechtsatlas und Geschäftsstelle: Dresden.  
Gärtnerstraße 43. — Vertrieb: We. 1888.

## r. Eine Zentrumsdemonstration?

Die Zentrumsfaktion hat sich am Freitag bei der ersten Sitzung der Militärpensionsgesetzentwürfe nicht beteiligt; der Vorsitzende der Zentrumsfaktion, Graf v. Kompejch, gab die Erklärung ab, daß die Faktion dies absichtlich nicht tue; die Gründe für dieses Verhalten könne die Regierung und der Reichstag selbst jüden. Diese Stellungnahme rief im Hause sehr lebhafte Bewegung hervor. Auf allen Seiten fragte man, welches sind diese Gründe?

Wir geben gewiß gerne zu, daß das Verhalten der Zentrumsfaktion ein etwas auffallendes ist und auch ein solches sein sollte. Wenn es eine große Faktion ablehnt, sich überhaupt an der Debatte über einen Gesetzentwurf zu beteiligen, so will sie damit entweder zum Ausdruck bringen, daß ihr der gesamte Gesetzentwurf total unannehmbar erscheint, oder daß sie aus schwerwiegenden politischen Gründen gegen denselben sich ausspricht. Die erstere Annahme dürfte hier nicht eintreten. Das Zentrum hat sich im Vorjahr zu der Verbesserung der Militärpension freundlich gestellt; das Referat lag sogar in den Händen eines Zentrumsfaktionsabgeordneten. An dieser Stellungnahme zur Sache selbst hat sich nichts geändert; das Zentrum hält nach wie vor die Militärpension für verbessерungsbedürftig. Es müssen also politische Gründe sein, die der Faktion vorstehende annehmen. Für jedermann, der nur ein wenig politischen Sinn hat, dürften diese Gründe unschwer zu erraten sein. Trotzdem aber muß man sich wundern, daß die liberale Presse so vielfach daneben schlägt. Es liegt doch sehr nahe, daß es sich nur um hohe politische Gründe handeln kann, die mit dem Militär selbst in Verbindung stehen.

Eine ganze Anzahl liberaler Blätter meinen nun, daß der Grund für diese Stellungnahme folgender sei: „Die regierende Partei fühlt sich — mit Recht — beschwert durch den plötzlichen und von der Regierung bisher noch mit seinem Wort entschuldigten Schluß des Reichstages im Sommer. Diese plötzliche Heimschüttung der Volksvertretung hat damals das Zustandekommen des Gesetzes verhindert. Recht kommt die Regierung und verlangt die möglichst baldige Verabschiedung des Gesetzes. Da war es einfach ein Gebot der politischen Selbstachtung des Reichstages, daß er jetzt seinerseits sage: „Quod non.““ Hat die Regierung sich im Sommer beklagen lassen, uns Gols über Kopf und ohne Angabe von Gründen nach Hause zu schicken, obwohl die gesamte politische Lage dem Reichstage ein moralisches Recht auf Fortsetzung der Tagung gab, nun, so wollen wir diese Rücksichtlosigkeit mit gleicher Münze heimzahlen.“ Wenn man's ja hört, möcht's leidlich scheinen! Aber diese Ursache liegt nicht vor. Gewiß ist man im Zentrum nicht erbaut über den raschen Schluß der Session; man kann aber eben so wenig diese politisch unslügsame Maßnahme hiermit in Zusammenhang bringen. Wie können auch erklären, daß es tatsächlich der Zentrumsfaktion ganz ferne gelegen hat, aus diesem Grunde so vorzugehen.

Andere Blätter raten auf die Diätenfrage und meinen: „Es wäre vielleicht nicht so übel, wenn die Parteien aus dieser Demonstration des Zentrums eine Anregung schöpfen, wenn sie sich verständigen und gemeinsam zum Beispiel die Erhöhung der Bezüge der Staatssekretäre ablehnen, so lange der wiederholte Diätenbeschluß des Reichstages von der Regierung ignoriert wird. Vermöglich wäre das das beste Mittel, die Diätenvergütung zu beschleunigen. Niemand in der Regierung würde sich über eine solche vom Reichstage ausgehende Pression beschweren können. Denn die Behandlung, die die Regierung dem Diätenbeschluß des Reichstages immer wieder hat angedeutet lassen, gibt ihr kein Recht, sich über eine ungewöhnliche Auswendung der Machtmittel der Volksvertretung ihr gegenüber zu entrusten. In der Diätenfrage hat sie das Parlament so brüskiert, daß sie sich über eine entsprechende Antwort nicht wundern darf. Der Reichstag sollte natürlich einmal nach dem Regent handeln: Wie man in den Post: „Keinruf, so schallt es heraus.“ Diese Züge lösen sich fast gut hören; es sind Zentrumswärts gerundete gen. zw. die in der Budgetkommission katholisch vertretenen Leute. Sie begreift auch in der breitesten Offenheit nicht, wie der Bundesrat und die Staatssekretäre Konservativer Gelder fordern können, wenn sie für die Abgeordneten „Vaterzuläder“ verwiegern. Das Zentrum hat in der Budgetkommission deshalb auch einstimmig eine Zurückstellung dieser Repräsentationsgelder gefordert; rächerlich dies aber abgelehnt worden war, hat die Mehrheit der Zentrumsfraktion gegen diese Forderung gestimmt, die leider genehmigt werden muß. Doch könnte die Sache im Plenum noch einen anderen Verlauf nehmen. Manche von ejnen Abgeordneten, die in der Budgetkommission für diese Gehaltszuläden stimmten, sind nun entschlossen, so lange gegen sie zu stimmen, als der Bundesrat nicht Anweisenstelle gibt. Gerade aber deshalb ist es verkehrt, nun anzunehmen, das Bericht zu habe wegen der Diätenfrage eine solche Stellung einzunehmen; dafür gibt es bei anderer Gelegenheit weit besser der passende Moment. Versäumt wird derselbe nicht.“

Nur in ganz wenigen Kreisen sagt man sich, daß die Stellungnahme der Zentrumsfaktion auf die Antwort der Regierung auf die Duellinterpellation zurückzuführen sei. Man führt in diesen Blättern mit Recht aus, daß die Stellungnahme des Kriegsministers ein Schlag in das Gesicht des christlichen Volkes sei, daß so offen noch nie proklamiert wurde, daß der Offizier die Pflicht hat, sich gegen

göttliches und menschliches Gesetz zu vergehen! Damit hat der Herr Reichskanzler selbst zur Gesetzesverleugnung aufgerufen. Nun kommt die Regierung und fordert eine zweite Sonderstellung für dieselben Kreise, für die Offiziere. Während alle Civilbeamten in ihren oft recht förmlichen Pensionsbezügen verbleiben sollen, wird für den Offiziersstand hier wiederum eine Vorzugsstellung gefordert, die vielleicht für die unteren Dienstgrade auch höchst begründet sein mag. Zu der Sonderstellung über göttliches und staatliches Gesetz steht auch noch eine Sonderprämie bei der Pension! Eine solche Forderung mußte eine entschiedene Stellungnahme herausfordern. Die Erklärung des Vorsitzenden der Zentrumsfaktion hat diese gegeben; sie war knapp und kurz, aber doch sehr vielsagend. Das christliche Volk muß erst eine Genugtuung erhalten, ehe man dazu übergeht, demselben neue Lasten aufzuerlegen, die man für den bevorzugten Stand leisten soll.

Rut von diesem Gesichtspunkte aus ist es verständlich, wie sich die Zentrumsfaktion gestellt hat. Wir können hier nicht mitteilen, ob unsere Ausführungen die Intention der Faktion getreu wiedergeben; aber dies nur können die Gründe sein, welche diese Stellungnahme herbeigeführt haben. Dann haben wir es mit einer sehr bedeutsamen Stellungnahme zu tun. Als der Kriegsminister das letzte Mal im Reichstage erschien, hat er durch seine Erklärung dem christlichen Volke einen Ratschlag verzeigt. Am Freitag erfolgte der Gegenzug und er ist in würdiger und vornehmster Weise ausgeführt worden, dabei so fröhlig und bedeutam, wie es der Ernst dieser Dinge erachtet. Das katholische Volk wird dem Zentrum ob dieser Stellungnahme besonders dankbar sein.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 22. Januar 1906.

Wie die „Nordde. Allg. Zeit.“ hört, ist der preußische Gesandte in Hamburg, v. Thürkau, zum Nachfolger des Freiherrn v. Richthofen als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Aussicht genommen. Er hatte am Sonnabend eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler und wurde darauf vom Kaiser empfangen.

Bei der Landtagswahl für den Wahlkreis Fulda wurde Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn einstimmig wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt worden.

Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 17. d. Monat stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreis Bonn-Rheinbach wurden insgesamt 17 236 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn in Kiel (Zentrum) 15 662 Stimmen, auf den Redakteur Dr. Erdmann-Kühn (Sozialist) 1533 Stimmen. Dr. Spahn ist mithin gewählt.

Die Zahl der bei den letzten Krawallen wegen Beteiligung an den Auseinandersetzungen oder wegen Diebstahl in Hamburg verhafteten Personen beträgt 42, darunter zwei weibliche.

Die Bedarfsberechnungen der neuen Flottenlage sind jedoch dem Reichstage zugegangen; hierauf sollen von 1906 bis 1917 insgesamt die Summen von 3711 Mill. Mark ausgeben werden, wenn auf Ansicht 425 Millionen Mark zu nehmen sind. Die ordentlichen Ausgaben steigen um insgesamt 124 Millionen Mark in den ersten Jahren um circa 16 Millionen pro Jahr, dann um 11 Millionen Mark pro Jahr und stellen sich 1917 auf 321 Mill. Mark gegenüber 264 Mill. Mark im Jahre 1906. Die Gesamtbelastung einschließlich Provision und Zinssen würde von 233 Mill. auf 368 Millionen. Schon aus diesen Zahlen wird man erkennen, woher es kommt, daß das Reich rund 200 Millionen Mark neue Steuern braucht. Die Flotte verschlingt hierfür allein rund 150 Millionen Mark. Aber gerade daraus erhellt sich, wie sehr der Standpunkt des Zentrums gerichtet ist, die Leistungsfähigkeit Schultern heranzuziehen, weil diese den meisten Vorteil von der Flotte genießen. Das Zentrum wird nun mehr erst recht auf diesem Standpunkt verharren und ihm eine Mehrheit zu sichern suchen; deshalb muß auch die Budgetkommission mit der Beratung der Flottenvorlage warten, bis man weiß, woher die Steuern kommen.

Gegen die Reichsverbandssteuer wird in der „Deutschen Tageszeitung“ wiederum gefämpft. In der Wahl ihrer Mittel ist das bürgerliche Volk dabei weniger wütend, wie folgende Stelle aus einem seiner Vorträtsel beweist: „Ob man im Halle des Todes des Familienstandes zunächst nur von den höheren oder auch von den kleineren Familienvermögen, und ob man von den ersten zunächst nur einen mehr oder nur weniger großen Teil an Gunsten der Allgemeinheit konfisziert“, das bedeutet dann keinen grundsätzlichen Unterschied mehr, sondern nur noch einen graduellen. Die Annäherung an den sozialistischen Satz: „Eigenum ist Diebstahl“ ist damit grundsätzlich vollzogen.“ Wohin soll man mit solchen Anklagungen kommen? Dann ist jede Steuer eine Konfiskation, namentlich jede Einkommen- und Vermögenssteuer. Bei allen diesen Steuern muß der Steuerzahler einen Teil seines Hart erworbenen Einkommens abgeben; der Staat „konfisziert“. Alle Welt will Besserung und dringt auf neue Ausgaben; aber kein Mensch will Steuern zahlen. Wohin kommen wir hierbei im Deutschen Reiche?

Die Konferenz in Algieras. Immer langsam voran! Da der Redaktionsausschuß die Ausarbeitung der Vorschläge über die Unterdrückung des Waffenbeschusses noch nicht beendet hatte, konnte die Konferenz am Sonn-

abend nicht zu einer Sitzung zusammenkommen, sondern mußte bis Montag warten. Wenn das so weiter geht, werden gegen Schluss noch die sommerlichen „Sitzeserien“ angekündigt werden müssen. — Wolffs Bureau fehlt uns lang und breit die Explorationen eines ungenannten französischen Politikers vor, der zunächst unsäglich beweist, was alle Welt längst weiß, daß nämlich die eigentlichen Schwierigkeiten erst noch kommen werden, um dann sich über unsere deutschen Delegierten auszusprechen. Er meinte, sie hätten ja einige Journalisten gegenüber sich versöhnlich ausgesprochen, sie dürften sich aber wohl selbst bewußt sein, daß sie sich gar nicht anders hätten aussprechen können, und daß ihre Erklärungen geradezu banal gewesen seien. Und folch — gelinde gesagt! — dummes Zeug, wenn's überhaupt gesagt wurde, wird nun in alle Welt telegraphiert. — Der geplante Entwurf des Reglements für die Unterdrückung des Waffenbeschusses ist am Sonntag verteilt worden. Für die marokkanischen Delegierten ist eine arabische Übersetzung hergestellt worden. Die Vollversammlung zur Beratung über den Entwurf trat heute vormittag 10 Uhr zusammen.

Die am Sonntag, den 21. Januar, mittags abgehalteten sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin und Umgegend verliefen sämtlich ohne Störungen. Gleichzeitig wurden überall die vom Parteivorstand vorgeschlagenen Resolutionen angenommen. Allenthalben waren deutlich die Befehle der Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung bemerkbar. Bis zu den Abendstunden war die Ordnung nirgends gestört. Nach Telegrammen, die aus Preußen, Danzig, Hamburg, Erfurt, Eisenach, Frankfurt a. M., Hannover, Kiel, Nottbus, Köln, Posen und anderen Städten des Reiches vorliegen, sind die am Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen unter einstimmiger Annahme der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Resolutionen ruhig verlaufen, auch ist es nirgends zu Auseinandersetzungen gekommen. Die Protestversammlungen in Berlin waren insgesamt von etwa 40 000 Personen besucht. Die Redner behandelten die gleichen Themen: „Gegen Volksentrichtung und Volksfrieden“. Es wurde bei Beginn der Sitzungen darauf hingewiesen, daß die Besucher die größte Ruhe wahren und sich den Anordnungen der Ordner fügen möchten. In verschiedenen Versammlungen wurden auch die Krawalle in Hamburg gefordert. Der Reichstagsabgeordnete Singer referierte im Restaurant „Sanssouci“ und meinte: „Es sei geradezu unglaublich, welche Märchen man der öffentlichen Meinung aufgetischt habe. Der Clipper der Verrücktheit aber wäre es, zu glauben, daß die ruhige und besonnene Sozialdemokratie sich zum Zielobjekt der kleinbürgerlichen Gewaltsetze machen wolle.“ Vor solchen unsinnigen Beginnen hätte schon die vorzeltliche Disziplin der Genossen. (Und Russland? D. A.) — Reichstagsabgeordneter Weber sprach im großen Saale des Wochiter Gewerkschaftshauses. Wenn auch, führte er aus, bisher das Reichstagswahlrecht ein gezwungenes Anstrichventil für die Volksleidenschaften darstelle, so bildeten doch die jüngsten Vorführungen in Russland ein Meuchel für die bei uns Regierenden, und wenn auch in diesem Moment die Sozialdemokratie keine Verantwortung habe, ihre Politik auf die Strafe zu tragen, so könne es doch eines Tages rassieren, daß sie von der Straße gehen und den Massenstreik proklamieren, wie in Russland; er müßte ansprechen: „Ihr seid gewarnt!“ Der Schluß der Versammlungen um das Schloß herum waren nicht größer, als dies sonst beim Ordensfest durchgeführt wird. Der Schloßplatz blieb fast in vollem Umfang für den Verkehr frei, und nur der Lustgarten war für die Dauer der An- und Abfahrt der Ordensritter für den Fußverkehr abgeschlossen. Um 10 Uhr verließ der Kaiser das Schloß, um eine Automobilfahrt nach dem Tiergarten zu unternehmen und feierte eine Stunde später, von brausenden Hochrufen des zahlreichen Publikums „Unter den Linden“ begrüßt, nach dem Schloß zurück.

Der Reichstagsabgeordnete Sartoris hat sich dem Abg. Dr. Müller-Weiningen gegenüber auf Ehrenwort verpflichtet, sein Reichstagsmandat niederzulegen. So meldet jetzt die „Fr. deutsche Presse“. Diese Art der Mitteilung sieht nachgerade so aus, als sei Sartoris zu diesem Schritte förmlich genötigt worden. Die begleitenden Umstände erhöhen die Wahrscheinlichkeit dieser Vermutung.

Eine neue Interpellation. Die Polen haben mit Unterstützung des Zentrums im Reichstag folgende Interpellation eingereicht: „Das Generalkommando des ersten Armeekorps hat unter dem 19. Dezember 1905 eine Verfügung erlassen, wonin im Widerstreit mit der katholischen militärdienstlichen Dienstdisziplin eine Aufsicht oder nachträgliche Reisetzung darüber, in welcher Sprechreihen die Mannschaften sitzen oder geherrscht haben, angeordnet wird, und zwar unter der Voraussetzung, daß durch Errichtung einer religiösen Osticht in der den Mannschaften geistigen Sprache, polnischen Predigungen Vorbehalt geleistet werden könnte. Wir fragen den Herrn Reichskanzler, ob ihn diese Verfügung bekannt ist und was er zu tun beabsichtigt, um einen solchen Eingriff in das religiöse Leben der Mannschaften zu begegnen.“ Das Berliner Organ der Polen berichtet bei diesem Anlaß über folgenden Vorangang in der polnischen Reichstagsfraktion: Am Montag beschloß die Fraktion in Sachen der Verfassung des Generalkommandos des 1. Armeekorps, betreffend die polnischen Soldatenbediensteten, eine Interpellation einzubringen. Der Abg. Dr. Radzewski wurde als erfahrener Parlamentarier mit der Abschrift der Interpellation betraut. Ohne Vor-

wissen seiner Fraktionsskollegen begab sich daraufhin der Abg. Dr. Jädzewski zum Kriegsminister, traf aber nur einen seiner Kommissare, dem er von der Absicht der Polen, in dieser Angelegenheit eine Interpellation einzureichen, Mitteilung machte. Der Kommissar antwortete darauf: „Die Sache ist schon erledigt; General Hoth ist schon restituiert.“ Als der genannte Abgeordnete daraufhin in der Fraktionssitzung die Interpellation für gegenstandslos erklärte, wurden ihm vonseiten der Mehrheit der Fraktion bestätige Vorwürfe wegen seines eigenmächtigen Vorgehens, seines „Auktionhandels“ mit der Regierung gemacht. Die Fraktion beschloß, trotz der Erklärung des Abg. Dr. Jädzewski, die Interpellation von dem Abg. Stachels und Ge- nossen einreichen zu lassen. Beschlossen wurde ferner, falls das Zentrum die Interpellation nicht untersöhnen würde, sich an die Freisinnigen und Sozialdemokraten zu wenden. Die Annahme dieses Antrages suchten die Abggs. Ulrich Radziwill und Dr. Jädzewski durch die Erklärung, daß sie auf keinen Fall ihren Namen neben der Unterschrift von Sozialisten dulden würden, vergeblich zu verhindern. Die Zentrumsfaktion hat bei Unterzeichnung der Interpellation von diesem Vorfall keine Kenntnis gehabt; sie stellte aber die erforderlichen Unterschriften zur Verfügung, weil es sich hier um eine Verleugnung des Weichtgeheimnisses handelt.

— **Braffewirtschaft** — Tropenkollekt. Er ist oft sonderbar, welche Ausdrücke im Parlament zulässig sein sollen und welche nicht. Als der Abg. Goller den Ausdruck „Braffewirtschaft“ gebrauchte, ist er nicht gerügt worden; dieses Wort aber enthält nicht nur eine Bekleidung unserer Missionäre und Geistlichen, sondern noch eine besondere Bekleidung der geistlichen Reichstagabgeordneten. Aber trotzdem ist das Wort ungehindert passiert. Ganz selbstverständlich war es, daß das Zentrum die Antwort nicht schuldig bleiben konnte, nach dem Sahe: „Auf einen großen Moh gehört ein grober Steil“, hat ihm diese ein Laie aus dem Zentrum erzielt, der Abg. Erzberger. Derselbe betonte eigens, daß der Abg. Goller den Beweis geliefert habe, daß er sich in unselbständigen Ländern aufgehalten habe, ja man könnte fast meinen, er leide jetzt noch am Tropenkollekt, was dann den Ausdruck mildere. Nun meinte der Präsident, daß der Ausdruck „Tropenkollekt“ parlamentarisch nicht zulässig sei. Man hat darüber in weitesten Kreisen des Hauses den Kopf geschrägt. Wenn ein Abgeordneter den schwersten Angriff auf einen ganzen Stand erheben darf und hierbei noch einen sehr verächtlichen und verästhetisch machenden Ausdruck gebraucht, geht dies durch; erfolgt aber die Erwiderung auch nur halbwegs entsprechend, so wird es gerügt! Dabei hat der Zentrumabgeordnete doch nur eine Art Krankheit genannt, die für sehr viele Kolonialbeamte und ihre Rücksprünge keiner im Reichstage als mildernder Umstand geltend gemacht worden ist. Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie hier mit zweierlei Moh gerechnet worden ist.

— Der Weizen der Scharfmacher blüht. Ein sich nicht  
rennendes Herrenhaussmitglied publiziert in der „Strenz-  
zeitung“ einen Artikel mit direkten Apostrophen an die lei-  
tenden Staatsmänner, um ganz entschieden den Kampf  
gegen die Sozialdemokratie mitzumachen. Dieses alte und  
neue Programm wird folgendermaßen festgelegt: „Der  
Kampf würde und dürfte nur den Elementen des Umsturzes  
gelten, welche sich selbst außer unserer Staats- und Gesell-  
schaftsordnung und deren friedlicher Entwicklung stellen,  
die sich deoshalb auch nicht wundern und beklagen können,  
wean sie strengen Ausnahmefällen unterworfen werden.  
Zuerst müsste trotz aller Enttäuschungen, welche wir dage-  
bereits erlebt, trotz der schweren Lasten, die wir bereits zu-  
trägt haben, soweit es mit den allgemeinen Interessen nur  
irgend vereinbar ist nach soweit die Leistungsfähigkeit der  
übrigen Gewerbstände, namentlich auch im Mittelstande es  
gestattet, in der Fürsorge für die Arbeiter nicht nachgelassen  
werden. Wir wollen ihnen durch zweckentsprechende wirt-  
schaftliche Maßregeln Arbeit mit einem möglichst lohnenden  
Gehödien verboten, wir wollen ihnen die Sorge auch um  
ihre hinterbliebenen abnehmen, wir wollen ihnen die er-  
forderliche Ruhe in ihrer leiblichen und geistigen Erholung  
und Fortbildung sichern, wir wollen ihnen auch in der be-  
rechtigten Abwehr gegen die Übermacht ungesunder Kapiti-  
alsbildungen zur Seite stehen, aber, was wir nicht wollen,  
was wir niemals ertragen und dulden können, das ist die  
auszügliche Herrschaft des Arbeiterstandes mit all dem  
namenlosen Unglück und dem Schreckensregiment, welches  
sie uns bringen würde. Um nun dieser drohenden Gefahr  
 rechtzeitig zu begegnen, wiederholen wir die erste Mahnung  
 und die dringende Bitte: *videant consules.*“ Wir haben  
 leider genügend Bereitschaft anzunehmen, daß solche Rufe  
 in den leitenden Kreisen nicht ungebührlich verhallen. Bis jetzt  
 ist es der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowski,  
 der den Gelehrten der Scharfmacher widerstand; gegen ihn  
 arbeiten auch manche Kreise mit Hochdruck. Desto mehr wird  
 es Aufgabe des Reichstages sein, diesem Staatsmann keine  
 Schwierigkeiten zu bereiten und ihn selbst da zu führen, wo  
 es nicht jedermannus Geschick ist, gewisse Positionen anzu-  
 nehmen.

— Der Kampf um die „akademische Freiheit“. Die Heiter gegen die katholischen Studentenkorporationen rücken nun allmählich deutlicher mit der Sprache heraus, so eindeutig, daß auch der Vertrauensschluß erkennen muß, wohin der Haß eigentlich läuft. Dem Katholizismus als feststem Weltwerk des positiven Christentums gilt der Kampf, nicht den sorgigen Ländern und Müheln der katholischen Studenten; die Unterdrückung jedes öffentlichen Studententretens katholischer Überzeugung haben sich die Kämpfer um die „akademische Freiheit“ zum Ziele gesetzt. Wir haben in der Sonnabend-Nummer bereits von dem Aufruf Leipziger Studenten berichtet. Wir bringen heute aus dem Vorlaut des Flugblattes, das an verschiedenen Universitäten, so in Berlin und Leipzig, verbreitet wurde, einige Stellen; es heißt darin: „Die schwer erlängte Freiheit des deutschen Geistes ist in Gefahr. Keinen offenen Vorstoß wagen die Gegner. Sie führen einen stillen, schleichen den Angriff wider die Selbstbestimmung der Persönlichkeit, die sie wie im Mittelalter unter feste Normen bringen wollen. Und nur allzu schwach ist die Widerstandskraft der zur Abwehr hergerufenen Männer, immer kleinmütiger und schüchtern-

ner wird ihr Protest. . . Professoren und Studenten meiden jede entschiedene Stellungnahme in dem großen Kampfe, von dessen Ausgang die geistige Zukunft unseres Volkes abhängt. . . Wir halten die Zugehörigkeit zu einer Konfession, welcher Art diese auch sei, für völlig unvereinbar mit der Würde eines akademischen Bürgers. Die akademische Freiheit bedeutet die schlechthinige Unabhängigkeit jedes einzelnen in allen geistigen Fragen, die religiösen Fragen als die wichtigsten mit eingeschlossen. Deshalb kann ein Akademiker niemals aufrichtig einer Konfession angehören. Tatsächlich fühlen sich auch schon längst Professoren und Studenten in überwältigender Mehrheit von jeder konfessionellen Bindung innerlich frei. Die Zugehörigkeit zu einer Konfession ist bei der Mehrzahl der Akademiker nur noch ein äußerer Schein. So bitten wir denn alle akademischen Mitbürgert, Professoren und Studenten, endlich die Maske fallen zu lassen, offen und mit höchster Aktivität Stellung zu nehmen und jeder Konfession abzusagen. . . Darum bitten wir die Professoren der nichttheologischen Fakultäten, in Körpore aus den verschiedenen Kirchen, zu denen sie jetzt — nur äußerlich — noch gehören, auszutreten und bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die theologische Fakultät als dem akademischen Geiste widersprechend aufgehoben werde. . . Löset euch ohne Ausnahme von den hemmenden Fesseln der überlebten Konfessionen los!" Wer Augen hat zu sehen, der sehe. Diese Enuntiation wirkt wie gretles Blitzlicht und zeigt in schärfsten Umrissen die wahre Gestalt des Kampfes gegen die katholischen Studentenorganisationen.

— Der christliche Bauarbeiterbund hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher er fordert, daß die Regelung des Bauarbeiter schutzes unter allen Umständen für das ganze Reich einheitlich erfolgen soll, da das jegliche System der lokalen Baupolizeiordnung unhaltbar sei. Die Regelung sei eine dringend notwendige, da die Zahl der im Bau gewerbe beschäftigten Personen sich zur Zeit auf weit über 1½ Millionen belaute, die Zahl der durch Unfall hervorgerufenen Todesfälle am Baugewerbe betrage aber mehr als ein Fünftel aller im gewerblichen Leben überhaupt durch Unfall verbeigeführten Todesfälle. Um eine einheitliche Regelung des Bauarbeiter schutzes, sei es durch Reichsgesetz oder durch eine Bundesratseverordnung, herbeizuführen, fordert die Petition 1) eine Verstärkung und Erweiterung der Unfallverhütungsvorschriften und der sanitären und sittlichen Anforderungen für Bauten und Baupläne; 2) die Überwachung der Bau betriebe und Baupläne ist den Gewerbeinspektoren zu übertragen und sind für diese Überwachung Bauarbeiter in geeigneter Weise mit heranzuziehen; 3) Die Beschäftigung von weiblichen Personen auf Bauten und Bauplänen ist zu untersagen; 4) in den Lehrplänen der Baugewerbe seien und der gewerblichen Fortbildungs kassen ist der Bauarbeiter schutz als Unterrichtsgegenstand aufzunehmen, jedenfalls aber hier Vorträge über denselben zu halten. Das Zentrum hat schon im Jahre 1903 Aufträge in derselben Richtung gestellt.

— Die Kriegsgerüchte, welche während der letzten Woche in Elsaß-Lothringen im Umlauf waren, haben zu den phantastischsten Kombinationen und in ihrer Zügellosigkeit zu manchen nachteiligen Verwicklungen geführt, unter welchen vor allem Bauhäuser und Sparkassen zu leiden hatten. Ihren Höhepunkt erreichten die haarschraubenden Kriegsgerüchte mit einem Anserat, daß von der Kaiserlichen Fortifikation Straßburg ausging und in der „Kastatter Zeitung“ erschien. Laut diesem Anserat wurden seitens der Fortifikation sofort 250 Aufseher, 8000 Erdarbeiter, 600 Zimmerleute, je 200 Maurer und Eisenarbeiter zu überaus hohen Löhnern gesucht. Man kann sich denken, daß angesichts dieses Anserates auch Leute mit sonst führter Denkungsart stutzig werden und den Moment des Loschlagens von Frankreich und Deutschland für gekommen halten. Die Auflösung der mysteriösen Angelegenheit läßt nicht lange auf sich warten. Das Anserat war für den Fall bestimmt, daß es wirklich einmal zu einer Mobilisierung wegen Kriegsnot kommen sollte, batte aber mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge gar nichts zu tun. Der unvorsichtige Schreiber gab das im tiefsten Friedenszustand harmlose Mobilisierungsschrifstück an die Expedition der „Kastatter Zeitung“, die es dann auch veröffentlichte. Es hat die Wirkung nicht verfehlt: Stärkere Trupps von beschäftigungslosen Handwerkern und Arbeitern trafen auf dem Festungsschirbel in Straßburg ein, wo sie von dem sehr erstaunten Wallmeister, der keine Ahnung hatte, wieder nach Hause geschickt wurden.

Öesterreich-Ungarn.

— Am Organ der Volkspartei „Alkotmann“ wird Graf Apponyi ziemlich scharf wegen einer Rede in Miklosch angegriffen. Das Blatt bemerkt u. a.: „Das Volk ist wohl zum gesetzlichen Widerstande bereit, doch wünscht es eher den Frieden als den kriegerischen Widerstand. Graf Apponyi hätte daher sagen müssen, um welchen Preis die Koalition zum Frieden geneigt wäre, und das hätte auch eine Wirkung noch oben ausgeübt. Die höchste Gefahr ist im Verzuge. Graf Apponyi hätte durch eine solche Werkerung der friedlichen Lösung viel nützen können.“ — Sollte in der Volkspartei bereits eine gewisse Einsichtserweiterung Platzgefunden haben?

## Utrecht.

— Der Großherzog von Luxemburg ist nach leichtem Unwohlsein am vergangenen Montag unter Aufreten neuer Symptome erkrankt. Es trat allmählich zunehmende Schwäche des Sprachvermögens und Schluckvermögens ein mit Neigung zur Schlafsucht, aber ohne Störung des Bewußtseins. Dabei besteht allgemeine Relaxation der Körpermuskeln, jedoch keine reine Lähmung. Die Herz-tätigkeit hat sich etwas gebessert.

## Frankreich.

— Gegen Venezuela wird Frankreich, wie zu erwarten war, mit Zwangsmahregeln vorgehen. Die Regierung hat des Washingtoner Auswärtige Amt dahin informiert, daß Frankreich Entschuldigung für die Behandlung Talions verlangen und nach etwaiger Verweigerung unverzüglich zu Zwangsmahregeln schreiten werde. Nach Meldungen aus New York wird Frankreich Truppen landen. Dalziels Bureau meldet aus Washington, der amerikanische Kreuzer „Denver“ erhielt Befehl, nach den Windward-Inseln ab-

zudämpfen, um dort die amerikanischen Interessen zu schützen, falls Frankreich Schritte gegen Venezuela ergreife. Aus New York wird ferner telegraphiert, der Herold melde aus Caracas, daß ein Regierungserluß die Ausweisung der Direktoren Jacouz und Bourget von der französischen Telegraphengesellschaft in La Guayra anbefohlen habe.

— Ein neues Staatsoberhaupt. Man darf nicht meinen, daß mit der Stellung eines republikanischen Präsidenten, die eben durch die Wahl des Präsidenten der französischen Republik in den Vordergrund des Interesses gerückt ist, überall die gleiche Fülle von Macht verbunden ist. Während zum Beispiel der Präsident der Vereinigten Staaten ein wahrhafter Autokrat ist, steht dem Chef des französischen ein sehr beschränkter Wirkungskreis offen. Es ergeht ihm wie dem König, der „herrscht, aber nicht regiert“. Er repräsentiert die französische Republik und hat auch gewisse gesetzliche Vorrechte, aber müßte ein Mann von den ungewöhnlichsten Qualitäten sein, um aus dieser Repräsentanz ein Herrscheramt, aus seinen Befugnissen wirkliche Aktionen zu machen. So steht ihm zum Beispiel gemeinsam mit Senat und Kammer die gesetzgeberische Gewalt zu; kommt aber seine Ansicht mit jener der parlamentarischen Mehrheit in Konflikt, so hat er in einer begründeten Botschaft die Kammer zu einer neuen Beratung aufzufordern oder die Deputiertenkammer im Einverständnis mit dem Senat vor dem gesetzlichen Ablauf ihres Mandats aufzulösen. Dann müßten binnen drei Monaten neue Wahlen veranlaßt werden. Während aber jede amtliche Handlung des Präsidenten von einem Minister kontrahiert werden muß, darf der Präsident nicht die Minister absetzen, sondern nur seine Unterschrift verweigern. Tut er dies, so läuft er immer Gefahr, vielleicht sein Amt zu verlieren. Er darf in einzelnen Fällen begnadigen, aber wehe ihm, wenn er gegen den Willen des Parlamentes eine politische Begnadigung vornähme. Er repräsentiert die Republik den Souveränen und Botschaftern gegenüber und ernennt Beamte und Offiziere, aber er befolgt auch hier nur, was der aus den Kammer hervorgegangene Ministerpräsident ihm anempfiehlt. Der Präsident hat das Palais Elysee in Paris und das Schloß St. Cloud zur Wohnung und bezahlt ein Gehalt von 1 200 000 Franken und 700 000 Franken Repräsentationsbeitrag.

Münster.

— Aus Moelan wird berichtet, die Arbeiter erklärten die Gerüchte von einem am 22. Januar beabsichtigten Aufstande für falsch. In allen Fabriken werde gearbeitet werden. — In Lodz sind jetzt über 400 Revolutionäre verhaftet, darunter Rechtsanwalt Engelhardt, einer der Hauptführer der Bewegung. Werner wurde dort ein Bombenlager entdeckt, wobei infolge einer Explosion zwei Personen tödlich zerrissen wurden. Der Mörder des Stationsvorstehers in Lublin ist dort erschossen worden. — In Libau wurden 25 Personen wegen Plünderei, Straftaub und Mordtaten zum Tode verurteilt und erschossen. — Unzufrieden mit der Regierung zogen etwa 1000 Kaufleute aus Teheran weg nach Schahdusimia. Der Schah wollte Blutvergießen vermeiden und willigte ein; eine Vertretung der Geistlichkeit, der Kaufmannschaft und des Grundbesitzes unter dem Vorsitz des Schahs einzuberufen mit administrativen und legislativen Funktionen. Gleichheit aller vor dem Gesetz wurde verkündet.

— Der Generalgouverneur von Moskau gab bekannt: Die von den Revolutionären verbreiteten Gerüchte, die Verwaltung und das Militär verübten Willkürakte und jede Nacht würden friedliche Bürger außerhalb Moskaus entzweiunglos niedergeschossen, sind nur eine böswillige Erfindung, ebenso die Gerüchte über am 22. und 25. Januar bevorstehende Unruhen. Der Generalgouverneur verbürgt sich dagegen, daß sich Unruhen nicht wiederholen werden.

## Aus den deutschen Kolonien.

— Die Errichtung einer neuen Regierungsschule in unserer Kolonie Neu-Guinea ist für April 1906 in Aussicht gegommen. Bisher mussten die Kinder der Europäer alle nach Sydney oder Auckland (Australien) zur Schule geschickt werden, dies soll nunmehr in Fortwall kommen. Geplant ist hierzu eine Schule für Eingeborne, die auch Unterweisungen im Pflanzungsgeschäft und im Handwerk geben soll. Der Reichstag hat sich selbst mit der Sache noch nicht befaßt; aber soviel wir wissen, ist der Lehrer für diese Schule bereits unterwegs. Es ist ein abgefallener italienischer Geistlicher, der sich in Deutschland verheiratet. Vor einiger Zeit kam ein katholischer deutscher Weltgeistlicher, der in fast 10 jähriger Tätigkeit in Deutsch-Ost-Asien und Kamerun seine Gabe und Zeit operte und draußen nicht mehr arbeiten kann, um eine Verwendung in der Kolonialabteilung ein. Aber für ihn hat man keine Arbeit; er ist kein abgefallener Priester, sondern steht treu an seiner Kirche.

Sächsischer Landtag.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 22. Januar 1906.

**Zweite Kammer.** Den Bericht der Rechenschaftsdeputation über das Königl. Defret Nr. 3, den Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1902-1903 und über Kap. 24 des mittels königl. Defrets Nr. 1 vorgelegten Rechenschaftsberichtes auf die Finanzperiode 1902-1903, dieselben Sammlungen betreffend, erstattet Abg. Göntard. — Der Bericht gedenkt zunächst des warmen, verständnisvollen Interesses, das der verstorbene ehemalige Finanzminister v. Wahlfeld als Leiter der königl. Direktion den seiner Leitung anvertrauten Kunstsammlungen gewidmet hat, da unter seiner Amts dauer vieles geschehen, um die Sammlungen zu ordnen, nutzbar zu machen, durch neu Erwerbungen zu vermehren, die unerlässlichen Schäfe gegen Feuerlöden zu sichern, wie auch die Anlagen der diesem Zwecke dienenden großen Fernheizwerkes recht eigentlich seiner Initiative entsprungen seien. Der Ertrag der Eintritts- und Führungsgelder zeigt gegen die Vorperiode eine Zunahme von 9110 Mf. 45 Pf., die Zahl der verkauften Kataloge ist um 3164 gestiegen. Besucht haben die Sammlungen 1 247 994, mithin um 114 534 mehr als in der Vorperiode. Während die Ausgaben für Vermehrung der Sammlungen in der Vorperiode 347 996 Mf. 54 Pf. betrugen, be trugen sie in der Berichtsperiode nur 200 823 Mf.

teressen zu

la ergreife.  
told melde  
Ausweitung  
anzösischen  
n habe.

dit meinen,  
rätselten,  
anzösischen  
gerüst ist,

Während  
staaten ein  
anzösischen  
ergeht ihm

Er reprä-  
ungewöhn-  
entanz ein  
ktionen zu  
mit Senat  
mmt aber  
in Mehrheit  
otshof die  
en oder die  
Senat vor

Dann  
anlaß wet-  
s Präsi-  
nus, darf  
er nur seine  
er immer  
arf in ein-  
er gegen  
Regadigung  
Souveränen  
und Offi-  
den Nom-  
nempfiecht.  
s und das  
Gehalt von  
Gehalt von  
äsentations-

er erklärte  
tigten Auf-  
arbeit wei-  
re verhaftet,  
Hauptföhre-  
mlager ent-  
ionen buch-  
Stationsvor-

- In Libau  
raub und

- Unz-  
ausleute aus  
wollte Blut-  
retretung der  
besieges unter  
ministriven  
vor dem Ge-

ab bekannt:  
te, die Ver-  
e und jede  
loskauß ee-  
willige Er-  
25. Januar  
ur verbürgt  
ur.

ngsschule in  
in Aussicht  
europäer alle  
hule geschildt

n. Geplant  
auch Unter-  
dwerk geben  
Sache noch  
Lehrt für  
abfallener  
verbeitactel  
Weltgeist-  
Deutsch-Ost-  
eperte und  
Verwendung  
at man keine  
en sieht treu

ananz 1906.

Rechenschafts-  
Bericht über  
Sammelungen

02-1903 und  
1902-1903,

Abg. Gon-  
varmen, ver-  
ne ehemalige  
aigl. Direktion

ungen ge-  
geschehen, um  
n, durch neu-  
Schäfe gegen  
n der diesem  
et eigentlich  
tag der Ein-  
periode eine  
er verlaufen  
n die Samm-  
er als in der  
eine Erneuerung der  
Kf. 54 Pf. be-  
200 823 M.

40 Pf. Die Rechenschaftsdeputation beantragt in Kap. 24, zum königl. Haushaltskommiss gehörige Sammlungen, die Überschreitung des Etats zusammen mit 6847 Mark 73 Pf. nachträglich zu genehmigen und sich mit dem Bericht für befriedigt zu erklären. Der Berichterstatter richtet zum Schluss die Frage an die Regierung, ob es nicht angezeigt wäre, das neu im Bau begriffene Kunstmuseum der Generaldirektion zu unterstellen. Er erwähnt die Anordnung der Regierung, daß Geschenke für die königl. Sammlungen nur auf erteilte Bewilligung seitens der Generaldirektion angenommen werden dürfen und spricht sich gegen diese Anordnung aus. — Abg. Behrens sagt, die Anregung des Vorredners erfordere eine genauere Erwägung und spricht den Wunsch aus, daß die Beiträge der Regierung, die sie zu diesen Zwecken leistet, erhöht und die Erhaltungsfonds vergrößert werden. — Finanzminister Dr. Rüger bemerkte, daß, was der Staat für die Sammlungen auswendet, sei nur ein Teil dessen, was er für Kunst und Wissenschaft tut. Redner legt am Riffen des Berichtes dar, daß der Staat tue, was er könne. Die gegenwärtige Zurückhaltung in den Ausgaben sei durch die Finanzlage begründet. Man möge sich nicht darüber täuschen, was geleistet werden könne. Eine ungemessene Vermehrung der Sammlungen habe ihre großen Schattenseiten, da die Übersichtlichkeit darunter leidet. Man möge nicht zu hohe Anforderungen an die Staatskasse stellen und wäre der Brocch ein noch so schöner. Der Minister spricht sich für die Unterstellung der Kunstmuseumverwaltung unter die Generaldirektion aus. Die Einwilligung der Generaldirektion bei Schenkungen sei nur bei Geschenken von über 100 Mark im Werte nötig. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Höhnel und des Berichterstatters wird der Deputationsantrag angenommen. — Es folgt nun die allgemeine Vorberatung über das Königliche Dekret Nr. 23, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatschuldbuchgesetzes vom 25. April 1884 betreffend. Finanzminister Dr. Rüger erklärt, die Regierung sei fortwährend bestrebt gewesen, den Kurswert der ländlichen Staatspapiere zu erhöhen. Hierzu führen verschiedene Wege. Die Regierung schlägt vor allem die Aenderung des Rechtszustandes vor. In den Motiven des Gesetzes sei bereits ausgedrückt, daß das Staatschuldbuch bei uns bei weitem nicht so in Anspruch genommen wird, als anderswo, zum Beispiel in Preußen. Für die Eintragung sei die Einrichtung der Gebührenfreiheit notwendig. Der Bericht mit eingetragenen Forderungen sei von gewissen Abgaben zu befreien. Er gibt die Erwartung Ausdruck, daß die Kammer in dem Bestreben der Regierung mit dieser übereinstimme. — Abg. Höhnel spricht über die Vorteile des Staatschuldbuches und wünscht, daß von denselben seitens der Gläubiger so viel als möglich Gebrauch gemacht werde, und beantragt, den Entwurf an die Gelehrtengesellschaft zu verweisen. Gesicht mit Einstimmigkeit. — Namens der Finanzdeputation A erstattet den Bericht über Kapitel 14 des ordentlichen Staatshaushaltsets für 1906—1907, sozialisches Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden betreffend, Abg. Ehret. Die Deputation beantragt die Einnahme in Titel 1 und 2 mit 205 000 Mark zu genehmigen und die Ausgaben in Titel 3 bis 11 mit 126 519 Mark zu bewilligen. Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen. — Zur Schlussberatung liegt der Stamm der schriftliche Bericht der Gelehrtengesellschaft und der Finanzdeputation A über das Königliche Dekret Nr. 17, den Entwurf eines Umzugskostengeteiles betreffend, vor Berichterstatter Abg. Schulze. Vizepräsident Dr. Schill erklärt sich für das Parochialsystem und gegen das in der Vorlage festgelegte System. Es werde durch letzteres Unzufriedenheit erzeugt. Redner bemerkte, er werde gegen das Gesetz stimmen, welches für andere Staaten gewiß nicht vorbildlich sein werde. Nach kurzen gegen die Ausführungen des Vorredners seitens des Berichterstatters und des Geheimen Rates Ministerialdirektors Dr. Wannig und des Vizepräsidenten Oppitz wird die Vorlage angenommen.

## Aus Stadt und Land.

Dresden, den 22. Januar 1906.

Tageskalender für den 23. Januar. 1905. Beginn des Aufstandes in Moskau. — 1905. † Paulus Neuber in Berlin, Fürstlich-Böhmischer Delegat. — 1908. Fürst Alfred zu Stolberg-Stolberg. — 1889. † Friederich v. Holow zu Darmstadt, Opernkomponist. — 1879. Adolf Jensen zu Löben-Löben, Liedermacher. — 1871. Gesetz mit Garibaldianern bei Dijon. — 1843. † Friederich Freiherr de la Motte-Fouquen zu Berlin, deutscher Diplomat. — 1806. † William Pitt, bedeutender englischer Staatsmann. — 1761. \* Friederich v. Matthisson zu Hohenlohestein bei Magdeburg, deutscher Dichter. — 1602. Schlacht gegen die Türken bei Kapp-Schloss. — 1571. Utrecht Union, Vereinigung der niederländischen Provinzen. — 1580. Hinrichtung des Wiederauferstehenden J. v. Leyden und Knipperdollsins zu Münster. — 1002. † Kaiser Otto III. zu Paterno.

\* Wetterprognose des königl. Sachs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 23. Januar. Witterung: heiter und trocken. Temperatur: untermittelbar. Windrichtung: Nordost. Luftdruck: hoch.

\* Se. Majestät der Königin besuchte gestern den Gottesdienst und erteilte nach demselben mehreren Herren Audienzen.

\* Heute vormittag nahm Se. Majestät der König militärische Befehlungen entgegen und hörte dann die Befehle der Herren Staatsminister und des Agl. Kabinettssekretärs.

\* Den Kammerherrendienst bei Se. Majestät dem König hat bis zum 3. Februar der königl. Kammerherr von Posen übernommen.

\* Se. Majestät der Königin wird sich am 26. d. M. nach Berlin begeben, um Se. Majestät dem Deutschen Kaiser die Glückwünsche zum bevorstehenden Geburtstage persönlich darzubringen.

\* Ihre Majestät die Königin-Witwe empfing gestern in Audienz den Chef des Generalstabes Oberst Bermuth und den Geheimen Hofrat Prof. Kleßling. — Abends 6 Uhr fand bei Ihrer Majestät Familientafel statt, zu der Se. Majestät der König, Ihre Königin, Hohes die Prinzessin Mathilde und Se. Hoheit der Herzog Karl Borwin zu Mecklenburg-Strelitz erschienen waren.

\* Zum Kultusminister an Stelle des erkrankten Herrn v. Seydelwitz soll, wie mitgeteilt, der frühere

Kreishauptmann von Baunen, v. Schlieben, ernannt worden sein, der vorher Amtshauptmann in Bittau und vortragender Rat im Ministerium des Innern war. Die „Königliche Zeitung“ zeichnet dem neuen Minister folgenden Kurs vor: „Als Kultusminister wird er kaum eine andere Richtung einschlagen, als sie der abgehende Herr v. Seydelwitz innehat, also im wesentlichen vorsichtige Abwägung der in unserer geistigen und sozialen Entwicklung liegenden Forderungen. Die Persönlichkeit des neuen Ministers bürgt dafür, daß er den Katholiken in Sachsen geben wird, was sie nach der Staatsverfassung und den Grundzügen der Gerechtigkeit verlangen können, daß ihm aber ein Entgegenkommen gegen ultramontane Forderungen genauso fern liegen wird wie Herrn von Sodenwitz.“ — Hierzu bemerkt die „Germania“: Die „Grundätze der Gerechtigkeit“, welche die Katholiken in Sachsen jeithier an sich erfahren möchten, sind, von zeitweiligen mehr oder weniger unglaublich erscheinenden Zeitungsmitteilungen abgesehen, bei der ersten Beratung des Toleranzantrages des Zentrums im Reichstag so anschaulich und wirkungsvoll dargelegt worden, daß selbst der jäschische Bundesratsbevollmächtigte sicher darüber erzählt und die Sprache nicht recht zu finden wußte. Und so soll es also weitergehen — wenn es der „König. Bdg.“ nach geht.

\* Der Rat zu Dresden macht bekannt: Wer während der Nacht für kranke ärztliche Hilfe sucht, kann solche durch Vermittlung der Wohlfahrtspolizei-Inspektionen erlangen. Dasselbe sind die Namen der zur Hilfsleistung bereiten Aerzte zu erfahren, auch wird auf Ansuchen die Herbeiziehung eines Aertes übernommen. Für die Bezahlung der Aerzte haben die Hilfesuchenden selbst aufzukommen, nur für gänzlich Unbedarfe übernimmt die Armenkasse die Bezahlung. Seitens der Direction der königlichen Frauenklinik ist die Einrichtung getroffen worden, daß in dringenden geburthilflichen Fällen sofort ärztliche Hilfe aus der königlichen Frauenklinik, sei es bei Tag oder bei Nacht, unentgeltlich gewährt wird. Die Wohlfahrtspolizei-Inspektionen vermittelten die Herbeiziehung ärztlicher Geburthilfe aus der königlichen Frauenklinik durch Fernsprecher. In den städtischen eingerichteten wundärztlichen Hilfsstellen und in den Sanitätswachen des Samaritervereins (freiwillige Rettungsgesellschaft) wird Berunglüften oder auf der Straße öffentlich Erkrankten, welche die Hilfsstellen selbst aufsuchen oder ihnen zugeführt werden, die erste Hilfe gewährt. Durch die Sanitätswachen ist auch die Entsendung von Aerzen zur Hilfsleistung außerhalb derselben zu erlangen.

\* Im Verein für Volkshygiene, Landhausstraße 7, I., spricht Dienstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr Herr Oberarzt Dr. Flachs über die geschlechtliche Ausbildung bei der Erziehung unserer Jugend. Der Eintritt ist frei.

\* Im ganzen Reichsgebiete wird von Februar ab die Palestbestellung an Sonntagen aufhören. Ausgenommen sind die Palestbestellungen an den Weihnachts-, Oster- und Pfingsttagen und der Verleih durch Elbaten.

\* Am Sonnabend abend brach im Vogengebäude, Ostra-Alte, Feuer aus, das in kurzer Zeit die linke Hälfte des Dachstuhles zerstörte. Die Umkleidung eines für die Centralheizung bestimmten Refervoirs unter dem Dache hat vermutlich sich selbst entzündet.

\* In letzter Zeit ist hier, wie auch in anderen Orten, eine unbekannte Betrügerin im Alter von 40 bis 50 Jahren, angeblich Erna (Elie) Gutschmid oder Schröder aus Leipzig, aufgetreten. Sie berichtete, sich durch Verfragen von Dienstboten Auskünfte über die Familienvorhängen der betr. Herrschaft zu verschaffen, um von diesen dann Geld zu erhaschen.

Leipzig. Das Reichsgericht hob das Urteil des bayerischen Oberlandesgerichts auf in der Klage des Frau Geheimrat Schweniger auf Herausgabe der Tochter Lenbachs, Marion. Marion bleibt im Hause der zweiten Gattin Lenbachs.

Zeithain. Vom 30. Januar wird auf dem Turnen-Abungsspiele bei Zeithain sich ein Postamt mit Telegraphenbetrieb befinden unter der Bezeichnung „Zeithain-Ubungsspiel“.

Chemnitz, 21. Januar. Die von sozialdemokratischer Seite heute vormittag veranstalteten Wählerversammlungen, welche sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl für den hiesigen Kreis beschäftigten, nahmen sämlich einen ruhigen Verlauf. Die Polizei hatte Versammlungen und Demonstrationen zu jedem anderen politischen Zweck ausdrücklich verboten, es sind solche auch nicht versucht worden.

Rom, 16. Januar. Am 3. Januar hat in Roca di Papa bei Rom die feierliche dritte Einleidung der Karmelitinnen vom göttlichen Herzen Jesu und die Profess der älteren Schwestern stattgefunden; es sind dies die Schwestern von dem Berliner St. Josephsheim (Berlin N, Pappelallee 110—111). Sr. Eminenz Kardinal Satoli hatte als Delegaten Pater Antonio, Provinzial der unbekehrten Karmeliten und Mitglied der heiligen Kongregation der Bischöfe und Ordens gesandt und ihm assistierte der Pater General der Palottiner, Kugelmayer, welcher an die Schwestern eine erfreuliche Ansprache hielt, indem er besonders bewundernd und lobend ihren Opfergeist und ihre Standhaftigkeit hervorhob, mit denen sie durch so viele Jahre alle Hindernisse, Widerstände und Verleumdungen überwunden hätten, bis endlich das in Berlin eingeführte Samenforn zu einem Baume herangewachsen war und nach Italien verpflanzt werden konnte. Nun der heilige Vater der Kongregation fürstlich noch die große Huld erwiesen und die Genehmigung gegeben, das Noviziat nach Rom selbst verlegen zu dürfen, würden alle bisher ertragenen Leiden in einem Augenblick vergessen sein usw. — 52 Postulanten wurden vom Pater Antonio eingefleidet, welcher auch die Profess abnahm. Da Roca di Papa den Römern als Luftkurort im Sommer dient, haben schon so viele hochgestellte römische Priester und Damen der höchsten Gesellschaft das Josephsheim S. Teresa besucht und alle ihre volle Befriedigung, ja Bewunderung ausgedrückt, daß es den kaum italienisch sprechenden deutschen Schwestern in so kurzer Zeit möglich geworden ist, aus gänzlich verwahrlosten Kindern eine Schar so gesitteter, wohlergesetzter Kinder zu bilden. Interessant

ist noch, wie diese junge Genossenschaft nicht aus einem Teil Deutschlands, sondern höchstwahrscheinlich aus Deutschen aller Provinzen sich zusammenseigt. Von den jüngst Einzelneideten sind aus Bayern 10, Westfalen 9, Rheinland 8, Schlesien 7, Provinz Preußen 5, Württemberg 3, Hannover 2, Hessen 2 und je eine aus Baden, Hohenzollern, Oldenburg, Sachsen, Württemberg und Tirol. Zu bewundern ist, daß die Gesellschaft in den 14 Jahren ihres Bestehens nur zwei Postulanten im Laufe dieser ganzen Jahre durch den Tod verloren hat; ebenso gut ist auch der Gesundheitszustand der Kinder; von den über 450 Kindern der verschiedenen St. Josephsheime sind im Alter von über acht Jahren ebenfalls im Laufe dieser ganzen Zeit nur zwei Wädchen und jetzt ein beim Turnen gefürchter Schnabel gestorben. Man sieht hier: je einfacher die Lebensweise, desto gesünder. Allen Freunden und Bekannten dieses wahrhaft zeitgemäßen Werkes der Charitas ist wohl schon bekannt, welchen Anfeindungen und Verfolgungen in Berlin die armen Schwestern mit den Kindern ausgesetzt sind. Der Grund der Verfolgung ist der alte, immer wiederkehrende Haß gegen alle katholischen Institute und Genossenschaften. Wir können darum auch an dieser Stelle nicht umhin, diese armen Schwestern, die jetzt in so großer Bedrängnis sich befinden, dem Wohlwohlen und der Unterstützung aller Leser dieser Seiten aufs angelegentlichste und wärmste zu empfehlen.

## Vereinsnachrichten.

S. Dresden, den 22. Januar. Die Bezirke Johannstadt und Striesen des Volksvereins für das lath. Deutschland hielten gestern abend eine Versammlung ab, welche einen sehr starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende Herr Pöttinger begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste, worauf Herr Pfarrer de La Hallé über das Thema: „Die Menschheit, ein sozial-sittlicher Organismus“ sprach. Redner erläuterte zunächst den Unterschied zwischen Organismus und gleichartiger Masse an dem Beispiel vom menschlichen Körper, der aus ungleichen Teilen besteht, der jeder eine andere Funktion zu verrichten hat. Die Besiedeltheit der leiblichen Bedürfnisse bedingen die Ungleichheit der leiblichen Glieder. Ein ungegliedelter, gleichartig geformter Leib könnte gar nicht existieren, ebenso wenig ein Leib, dessen Glieder sämlich gleich wären. Ebenso wie die menschliche Gesellschaft die wesentlichen Merkmale eines Organismus auf. Es wäre ihr Tod, wollte man versuchen, eine Gleichstellung ihrer Glieder herbeizuführen. Man denkt sich nur, sie besteht aus Gliedern; sie müsse zu Grunde gehen, da sie Nahrung, Wohnung und Kleidung, sowie die übrigen Bedürfnisse sich nicht verschaffen könnte. Würden die Menschen lauter Kapitalisten sein, so würde niemand die notwendigen Güter erzeugen, welche die unvermögenden Klassen erarbeiten. Es besteht daher auch eine notwendige Abhängigkeit der ungleichen Teile von einander. Denn kein Stand könnte ohne die Mitwirkung der übrigen Stände bestehen und die ganze Gesellschaft wäre gescheitert, wollte ein Stand seine Funktionen nicht verrichten. Daraus ergibt sich auch, daß die menschliche Gesellschaft eine sittliche Einheit darstellt; die einzelnen Glieder werden infolge ihrer Verschiedenheit nicht zum Kampfe, sondern zur Eintracht hingewiesen. Die Gleichheit der verschiedenen Glieder besteht nach den Worten unseres hl. Vaters Pius X. nur darin, daß alle Menschen ihren Ursprung von Gott, dem Schöpfer herleiten, daß alle von Jesus Christus erlöst werden sollen und daß sie alle genau nach ihren guten und bösen Handlungen von Gott gerichtet werden, um Lohn oder Strafe zu empfangen (Encyclica, Quod Apostolici munus). Aus dem organischen Wesen der menschlichen Gesellschaft ergibt sich, daß der einzelne die ihm von Gott vertraute Aufgabe mit Demut, aber auch mit Verantwortung erfüllen soll. Wenn man sich als Glied des Ganzen fühlt, so werde das Gefühl der Zusammengehörigkeit zufrieden machen. Man werde die Arbeit nicht nach dem Leistungserwerb bewerten, sondern nach dem Lohn, den sie einst im Jenseits ernten werde. Die Versammlung dankte dem hochverehrten Redner für seine schönen Ausführungen durch Erheben von den Säulen. Herr Säymkowitsch widmete dem verstorbenen hochw. Bischof einen warm empfundenen Trauerspruch und pries ihn als fürsorglichen Vater der Diözese, als Freund der Arbeiter und des Volksvereins für das lath. Deutschland. Herr Pfarrer Rudolph gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck und widmete dem einheimischen Industrie und Handel schwer schädigenden Streit einige bedeutsame Worte. Seine im späteren Verlaufe der Versammlung gegebene Anregung wegen Abhaltung einiger Missionssymposien als Vorbereitung zur Osterfeiertag handelte lediglich lebhaften Widerhall. — Herr Lehrer Hasenfelder brachte eine Eingabe der Strieseners Handväter an den kath. Schulvorstand zur Verlehung. Es wird darin gebeten, es möglich zu machen, die für Ostern 1906 geplante Verlegung der 1. Schullasse aus der siebenklassigen Zweigstufe, Wittenbergerstraße in Striesen, nach der IV. Bezirksschule, Schumannstraße in Johannstadt, rückgängig zu machen und die Zweigstufe zu einer achtklassigen auszustalten. — Das Mitglied des Schulvorstandes, Herr Sekretär Beder, versicherte, daß der Schulvorstand der Striseners Angelegenheit das größte Interesse entgegenbringe. Leider sei die Schullasse in so hohem Maße bereits besetzt, daß vorerst an eine Erweiterung der siebenklassigen Schule in eine achtklassige wegen der großen damit verbundenen Kosten nicht gedacht werden kann. Nach Fertigstellung der Turnhalle, deren Bau im Frühjahr beginnt, werden die Räume erfüllt werden können, nachdem dadurch neue Schulzimmer geschaffen werden. Nachdem zu dieser Sache noch einige Beratungen gesprochen, schließt der Vorsitzende mit einigen Dankesworten die Versammlung.

## Vermischtes.

v. Jubiläumskuvert mit amtlichen Wertstempeln. Zur Centenarfeier des Königreichs Bayern ist eine Serie von vier verschiedenen Jubiläumskuverten erschienen, welche infolge ihrer geschmackvollen Aus-

